



das Deutsche Reich stützt. Darnach bestanden im Berichtsjahre 38 unabhängige oder Lokalorganisationen, die mehr oder weniger als Gewerkschaften angesehen werden können, mit einer Mitgliederzahl von 236 131 (1908: 203 485) und 52 Vereinigungen von Privatbeamten, soweit sie nicht einer Gewerkschaftszentrale angeschlossen sind, mit 699 201 Mitgliedern. Gelbe Arbeiterverbände und Werkvereine zählte das Statistische Jahrbuch 85 mit 71 346 Mitgliedern; 24 derartige Gebilde, die Angaben über ihre Kassenverhältnisse machten, berichteten über eine Einnahme von 473 679, eine Ausgabe von 402 610 und einen Kassenbestand von 473 602 Mk. Dazu bemerkt der Statistiker der Generalkommission treffend: »Diese Zahlen beweisen, daß diese von den Unternehmern gezüchtete Sumpfpflanze in Deutschland keinen kulturfähigen Boden gefunden hat.«

Für eine Gesamtübersicht über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland kommen natürlich die gelben Vereine nicht in Frage. Auch die Vereine der Privatangestellten müssen außer Betracht bleiben, da sie nach ihrem ganzen Charakter als Gewerkschaften nicht anzusehen sind. Es blieben also nur die freien, Hirsch-Dunckerschen, christlichen und unabhängigen oder lokalen Organisationen für eine Gesamtwertung der gewerkschaftlichen Bewegung übrig. Diese weist, wie schon eingangs gesagt wurde, gegen 1908 einen kleinen Fortschritt auf. Das zeigt folgende Zusammenstellung: Die Mitgliederzahlen betragen 1909 bei den Zentralverbänden 1 832 667 (1908: 1 831 731), bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 1 080 228 (1 056 633), bei den christlichen Gewerkschaften 270 751 (264 519) und bei den unabhängigen Vereinen 236 132 (203 485). Das sind im Jahre 1909 zusammen 2 447 578 Mitglieder gegen 2 405 368 im Jahre 1908, woraus sich ein Mitgliederzuwachs von 42 210 ergibt. Die Jahreseinnahmen betragen 1909 in den vier Gruppen 59 617 413 Mk. (davon allein in den Zentralverbänden 50 529 114 Mk.), die Jahresausgaben 53 898 787 Mk. (Z.-V. 46 264 031 Mk.), die Kassenbestände 52 400 660 Mk. (Z.-V. 43 480 932 Mk.). Die Gesamtheit der andern Organisationen bleibt also in jeder Beziehung hinter den freien Gewerkschaften bedeutend zurück. Das tritt besonders drastisch in Erscheinung bei einem Vergleich der Leistungen der Zentralverbände mit denen der andern Gruppen, besonders der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften. Es zählten 1909 für

Rechtsschutz und Unterstützungen insgesamt:				
	Organi- sationen	Mit- glieder- zahl	Mk.	pro Kopf Mk.
Zentralverbände . . .	57	1 832 667	211 144 46	11,52
H.-D. Gewerkschaften . . .	22	1 080 228	43 817 72	4,06
Christl. Gewerksch. . .	21	270 751	12 144 50	4,49

Streiks, Aussperrungen und Gemafregelte:				
	Organi- sationen	Mit- glieder- zahl	Mk.	pro Kopf Mk.
Zentralverbände . . .	57	1 832 667	79 791 15	4,35
H.-D. Gewerkschaften . . .	22	1 080 228	14 822 28	1,37
Christl. Gewerksch. . .	21	270 751	4 890 23	1,80

Daraus ergibt sich, wie der Statistiker treffend bemerkt, daß die Arbeiterschaft ihre Interessen nicht nur im Lohnkampf, sondern auch auf allen andern Gebieten in den Zentralverbänden am besten und sichersten gewahrt findet. An der Stärkung und dem weiteren Ausbau dieser machtvollen Schutzwehr gegen die Willkür des Unternehmertums und dieses festen Hortes in allen Lagen des Lebens unlöslich weiterzuarbeiten muß die vornehmste Aufgabe jedes aufgeklärten Arbeiters sein.

## Rundschau.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands tritt, wie bereits in der »Politischen Monatsschau« vom 30. Juli in Nr. 31 mitgeteilt wurde, am 18. September in Magdeburg zusammen. Aus der an gleicher Stelle veröffentlichten Tagesordnung geht hervor, daß er für die deutsche Arbeiterbewegung von großer Bedeutung sein wird; es sei nur an die Wahlfreiheit und an die Genossenschaftsfrage erinnert, die den Parteitag beschäftigen werden. Wir wünschen der Tagung, die die Waffen des Proletariats für den nächsten Reichstagswahlkampf zu prüfen und zu schärfen haben wird, einen guten Abschluß und vollen Erfolg.

Neue Zollgefahren drohen der deutschen Exportindustrie durch die Russifizierung Finnlands. Wird letzteres in die russische Zolleinheit einbezogen, so wird die deutsche Ausfuhr außerordentlich geschädigt werden, da der russische Zolltarif fast durchweg weit höhere Sätze vorsieht wie der finnische. Das betrifft besonders die Produkte des polygraphischen Gewerbes, wie folgende Gegenüberstellung lehrt: Der Zoll für je 100 Kilogramm beträgt:

für	nach finnischem Tarif	nach russischem Tarif
Reklamebilder	94,08 Mk.	191,46 Mk.
Vierfarbendrucke	141,20 „	191,46 „
Bücher	169,44 „	600,18 „

Wie schwer Deutschland unter einer derartig starken Erhöhung der Zölle leiden würde, ergibt sich schon daraus, daß es unter den nach Finnland exportierenden Ländern bisher an erster Stelle stand. Ob die Regierung gegen diese weitere Schädigung des deutschen Handels und der deutschen Industrie durch eine derartige Unterbindung der Ausfuhr etwas zu tun denkt, ist heute noch völlig dunkel.

Der Streik in München gegen die Heiligenbildfirma Josef Müller dauert unverändert fort. Die Firma machte den krampfhaften Versuch, die Streikenden durch ein mit der wahrheitswidrigen Ueberschrift »Zur Aufklärung« versehenes Flugblatt irre zu führen, gegen die führenden Kollegen aufzuheizen und zum Streikbruch zu bewegen. Nach einer Darstellung der Ursachen der Differenz, die mit den Tatsachen auf demselben gespannten Fuße steht wie die schöne Ueberschrift mit der Wahrheit, wird stolz verkündet: »Ein Teil des bestreikten Betriebes ist bereits in Gang und verschiedene weitere Stellen werden nächster Tage besetzt.« Mit dieser großsprecherischen Prahlerei reimt sich nur schlecht die jammerselige Bettelei am Schluß des Flugblatts, daß die Arbeiter nur ja so schnell als möglich in den Betrieb zurückkehren möchten. »Für sich meldende Arbeitswille wird die Firma für ausreichenden Schutz sorgen.« Leider hatte das Liebeswerben nicht den geringsten Erfolg. Die Streikenden blieben einig und geschlossen dem Betriebe fern. Mit dem Versuch, in anderen Städten Streikbrecher zu werben, wird die Firma dieselben schlechten Erfahrungen machen.

Tüchtige Fertigmacher, Andrucker, Schwarzdrucker (Nichtverbändler) werden in Nr. 68 des Druckerei-Anzeigers durch eine Chiffreannonce nach Nürnberg gesucht. Die Nürnberger Verwaltung richtet nun an alle Kollegen, die auf diese Anzeige reagierten, die Bitte, ihr sofort unter der Adresse des Kollegen Fritz Billmann, Nürnberg, Doktorshof 2, II Mitteilung zu machen, welche Nürnberger Kunstanstalt sich hinter dieser Chiffreanzeige versteckt.

Der Streik des Steindruckereihilfpersonals bei Huber, Jordan & Körner in Nürnberg, durch den auch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden, ist am 3. September durch Verhandlungen beigelegt worden. Die Forderungen des Hilfspersonals wurden bewilligt.

Einen Passierschein hat die Firma Carl Schimpf, Abziehbildfabrik in Nürnberg, deren Inhaber der bekannte Schutzverbandskreisvertreter Richter ist, zur Einführung gebracht, auf dem neben dem Namen des Arbeiters und dem Datum der Eingang und der Ausgang vormittags und nachmittags nach Stunden und Minuten sowie die Versäumnis und die Ueberstunden des Arbeiters sorgfältig zu notieren sind. Für die Richtigkeit muß sich nicht nur der Arbeiter durch seine Unterschrift verbürgen, sondern der Zettel muß auch noch vom »Abteilungsführer« und vom »Betriebsleiter« unterzeichnet sein. Was das bedeutet, geht schon daraus hervor, daß grade bei Schimpf ein derartiges Aufpassersystem entwickelt wurde, daß den Arbeitern die Freude an der Arbeit schon an und für sich gründlich verleidet ist. Durch den Passierschein gibt man den Aufpassern ein neues Mittel zu persönlichen Schikanen in die Hand. Eine derartige kleinliche Nadelstichpolitik treiben Schutzverbandsfirmen gegen ihre Arbeiter! Und dann wundern sich die Herren, wenn es letzteren doch einmal zu bunt wird und wenn sie ihnen den Kram vor die Füße werfen. Und der Schutzverbandsdoktor setzt sich eilig an die Hosen und schmirt sein Blättchen voll mit Ergüssen über die Art der Friedensstörer, während, wie Figura zeigt, der Frieden im Gewerbe durch den Schutzverband und seine schärfsten Mitglieder ständig und systematisch untergraben wird.

Die Aussperrung der Werftarbeiter, die unverändert fortdauert und durch die Verweigerung der Streikarbeit in solchen Betrieben, auf die sich der Kampf noch nicht erstreckte, immer noch weitere Kreise zieht, veranlaßt einen Freiherrn v. B., in den »Berl. Neuest. Nachr.« ein neues Mittel, Streiks unmöglich zu machen, zu empfehlen. Danach soll die Wehrordnung des Deutschen Reiches dahin abgeändert werden, daß bei Kämpfen in der Schiffbauindustrie auf Antrag des Reichsmarineamts die noch wehrpflichtigen Streikenden einfach zum Militär eingezogen und zur Fertigstellung der Schiffe kommandiert werden können. Die bereits schwimmenden Kriegsschiffe sollen verstärkten Schutz dadurch erhalten, daß Arbeitseinstellungen der an ihnen beschäftigten Arbeiter mit Freiheitsstrafen belegt

werden. Solche schärferen Mittel sollen angeblich zur Erhaltung der Wehrfähigkeit des Reiches nötig sein. Der Verfasser vergißt dabei ganz, daß es die Unternehmer doch in allen Fällen in der Hand haben, durch verständnisvolles Entgegenkommen Ausstände zu vermeiden. Auch vermessen wir, welche Strafe denn die Unternehmer treffen soll, wenn sie durch leichtfertige inszenierte Aussperrungen den Schiffbau aufhalten. Man sieht, die Freunde der Werftprotezen verfallen schon auf die sonderbarsten Pläne, um ihre unhaltbare Stellung zu verdecken.

Die Sicherheitsmännerwahlen im Bergbau sind jetzt zum ersten Male vorgenommen worden. Während im Saarrevier und in den kleineren Bergbaugebieten in der Mehrheit Christlichorganisierte gewählt wurden, errang im Ruhrgebiet, dessen Wahlen allseitig mit Spannung verfolgt wurden, der alte (freie) Bergarbeiterverband einen vollen Sieg. In den 240 Zechen des Gebiets wurden 1085 seiner Kandidaten gewählt, während auf den christlichen Verband 286, die Polen 114, die Gewerkvereiner 7 Vertreter entfielen und weitere 50 unorganisiert sind. Das diesbezügliche Gesetz ist bekanntlich eine Folge des Riesenglücks auf der Zeche Radob im Jahre 1908.

Inhaltsbefehle nach amerikanischem Muster scheinen allmählich auch zum Rüstzeug deutscher Gerichte zur Bekämpfung der Gewerkschaften zu werden. Denn das Landgericht Dresden hat kürzlich nicht weniger als 37 einstweilige Verfügungen erlassen, wonach es 36 ausständigen Brauereiarbeitern und den Mitgliedern der Lokalverwaltung der Dresdner Brauereiarbeiter unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 1500 Mk. untersagt wird, gegen die Brauerei Plauenscher Lagerkeller folgende Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten: »einmal: den bei der Antragstellerin beschäftigten Arbeitern seien in diesem Lohnkampfe bisher noch keine Vorteile zugestanden worden, obwohl dies bei der Höhe der an ihre Aktionäre verteilten Dividende und der Höhe der ihrem Direktor und dessen Sohne zugebilligten Gehälter und Gratifikationen zu rechtfertigen gewesen wäre; zum andern: der Direktor der Antragstellerin habe in einem früheren Lohnkampfe schonungslos drei Arbeiter, welche jahrelang in dem Betriebe tätig gewesen seien, herzlos, jedem menschlichen Mitgefühl bar, auf die Straße geworfen.« Durch diese Maßnahme soll also den Arbeitern und ihren Organisationen bei Lohnkämpfen verboten werden, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu unterbreiten. Ob jedoch dadurch das gewünschte Ziel erreicht wird, ist eine andre Frage. Denn schließlich können ja die Arbeiter ihre Taktik auch dieser Rechtsprechung anbequemen und die entsprechenden Nutzanwendungen aus der einfachsten Feststellung irgendwelcher Differenzen bei diesem oder jenem Unternehmer ziehen. Eine straffe Organisation der Arbeiter wird auch mit dieser juristischen Nadelstichpolitik fertig werden.

Eine Volkszählung wird am 1. Dezember d. J. wiederum im Deutschen Reiche vorgenommen. Sie bezweckt die Ermittlung der Zahl und einiger persönlicher Eigenschaften der ortsanwesenden Bevölkerung sowie die Zahl der Wohnstätten.

Ein Staatsanwalt als Ankläger der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der in Dresden lebende Staatsanwalt Erich Wulff hat in einem Werk unter dem Titel »Der Sexualverbrecher« folgende schweren Anklagen gegen die heutige Gesellschaftsordnung erhoben: »Die anstrengende Arbeit der Eltern, insbesondere auch der Mutter, schädigt das Kind oft schon im Mutterleibe. Ungenügende Nahrung, Wohnung, Pflege lassen das Neugeborene nicht gedeihen. Ein Heer von Schwachsinnigen, Hysterischen, Epileptikern, schweren Neurosen, chronischen Alkoholisten, alle zur allgemeinen Verbrechensverübung und zur Begehung von Sittlichkeitsdelikten im besonderen bereit, wächst in den Industriezentren empor. Teilweise stehen sie jenseits der Zurechnungsfähigkeit; eine ungenügende Irregesetzgebung schützt die Gesellschaft nicht vor ihnen. Der Proletarier schlägt im Kriege die Schlachten. Er bestellt im Frieden den Acker, baut die Straßen und Städte, schafft mit seiner Hand die Ware, die er auf Rädern und Schiffen über die Erde führt. In ruhelosem Schaffen und Gebären erneuert er und sein Weib stetig die markige Volkskraft. Mit den Leibern seiner Frauen und Töchter stillt er die sexuelle Unersättlichkeit der Männer seines Volkes. Und zum Lohne für alle Opfer und Entbehrungen trägt er überdies zum größten Teil — ein moderner Atlas — mit seinem Leibe und seiner Seele die Kriminalität seiner Nation! — Jedes Wort eine Wahrheit und jeder Satz ein Hieb gegen ein System, unter dem, abgesehen von der Schar der Drohnen, die ganze Menschheit schmachtet!

Weg mit dem Klimbim! Unter dieser Spitzmarke macht der »Courier« des Transportarbeiterverbandes folgende beherzigenswerten Ausführungen, die sich auch viele unserer Kollegen recht ernsthaft durch den Kopf gehen lassen sollten: In der heutigen Zeit, wo die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit höhere Wogen schlagen, sich die Klassengegensätze immer krasser bemerkbar machen, müßte man annehmen, daß aus diesem Anlasse der werktätigen Bevölkerung die Augen geöffnet würden. Jeder Proletarier sollte wissen, daß er nur seine soziale Lage verbessern und seine Rechte wahren kann,

wenn er sich mit in die Reihen seiner Klassen-genossen stellt, um mit ihnen vereint ein menschen-würdiges Dasein zu erkämpfen. Dem ist jedoch nicht so. Vergleichen wir einmal die Zahl der organisierten Arbeiter mit der der werktätigen Bevölkerung überhaupt, so müssen wir konstatieren, daß von den modernen Arbeiterorganisationen noch ein großes Arbeitsfeld zu beackern ist. Fragen wir uns, wo und wie verbringt die große uns abseits stehende Masse ihre kurze verfügbare Zeit? Kehren wir in irgend ein Wirtshaus ein, sei es hier oder dort, überall wird man fast ein und dasselbe finden. An den Wänden hängen Schilder und Tafeln, die dem Eintretenden verkünden, daß hier dieser oder jener Spar-, Schieß-, Kegel-, Pfeifen-, Radfahr- oder sonstiger Vergnügungsclub sein Eldorado aufgeschlagen hat. Beneidenswerte Geschöpfe, welche sich anscheinend nur damit zu beschäftigen haben, was für Vergnügungen sie heute oder morgen nachkommen werden. Diese Sache ist jedoch garnicht so lachhaft. Betrachten wir einmal diese Vereinen. Da werden wir finden, daß es in der Mehrzahl immer nur Arbeiter und wieder Arbeiter sind, welche die wenige verfügbare Zeit und ihr sauer verdientes Geld mit solch nichtigen Dingen totschiagen. Oder wollen sich diese Arbeiter dadurch über ihre traurige Lage hinwegtäuschen versuchen? Die Kämpfe unserer Zeit scheinen für sie nicht zu existieren. Dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse stehen sie völlig abseits und folgen nur zaudernd, wenn man sie an ihre Pflichten erinnert. Allerdings fehlt den meisten nur die nötige Aufklärung. Hier gibt es also noch ein großes Gebiet zu bearbeiten. Der Mensch verdankt von jeher das, was er ist, seinem sozialen Triebe. Ohne diesen hätte er nie die Stufen der jetzigen Kultur erklimmen können. Er wird uns auch in dem Kampfe, den wir führen, noch manchen wichtigen Dienst leisten.

**Ehrengabe für einen gemäßregelten Postbeamten.** Der Disziplinaprozess gegen den früheren Vorsitzenden des Verbandes mittlerer Reichs-post- und Telegraphenbeamten, Oberpostassistent Zollitsch, endete mit der strafweisen Versetzung des Beamten nach Rastenburg im Landbezirk Königsberg. Infolgedessen hat Zollitsch seine Entlassung aus dem Postdienste genommen. Bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste haben ihm nun seine Kollegen einen schönen und rühmlichen Beweis ihres Zusammengehörigkeitsgefühls gegeben, indem sie durch eine Sammlung für ihn ein Ehrengeschenk von rund 50000 Mk. zusammenbrachten, die ihm demnächst in bar eingehändigt werden sollen. Zollitsch wurde von der Postbehörde bekanntlich verfolgt und gemäßregelt, weil er als Vorsitzender des Verbandes die Veröffentlichung verschiedener kritischer Artikel im Verbandsblatte nicht verhinderte.

#### Aus den Handelskammerberichten 1909.

**Chemnitz.** Lithographische Anstalten und Steindruckereien waren wie im Vorjahr nur mäßig beschäftigt, was auf den schlechten Geschäftsgang im Strumpf- und Handschuhfach zurückzuführen ist. Die Preise waren im allgemeinen sehr gedrückt. Briefumschläge und einschlägige Artikel erhielten weiteren Preisaufschlag von 10 v. H., sonstige wesentliche Preissteigerungen der Rohstoffe waren nicht zu verzeichnen. Die Arbeitslöhne, namentlich der Hilfsarbeiterinnen, sind in fortwährendem Steigen begriffen; Aussparungen und Ausstände sind nicht vorgekommen; die Arbeitszeiten sind dieselben wie im Vorjahr: 48 Stunden für Lithographen und 54 Stunden für Steindruck- und Hilfsarbeiter. Auch die chemigraphischen Anstalten hatten wiederholt über Mangel an Beschäftigung zu klagen. Dies ist eine Folge des schlechten Geschäftsganges im Maschinen- und Werkzeugmaschinenfach.

#### Aus dem Auslande.

**Ungarn.** Ein achtjähriger Tarifvertrag für das Buchdruckgewerbe wurde nach vierzehntägigem Streik im Juni für die Provinzstädte abgeschlossen. Danach wird die Arbeitszeit in allen Provinzdruckereien auf 8¼ Stunden herabgesetzt. Im Jahre 1915 erfolgt eine weitere Herabsetzung auf 8½ Stunden. Der 1. Mai wird als Weltfeiertag der Arbeit freigegeben. Selbst die Zeitungen erscheinen an diesem Tage nicht. Ein jeder Angestellter hat Anspruch auf einen Ferienurlaub mit voller Bezahlung. Die Lohnerhöhung beträgt zwei Kronen wöchentlich. Diese wird im Jahre 1912 und im Jahre 1915 um je zwei Kronen erhöht. Bei den Arbeiterinnen betragen die Lohnsteigerungen je eine Krone für die Woche. Wo Lohnzuschläge gezahlt wurden, erfahren auch diese eine verhältnismäßige Erhöhung. In der Hauptstadt Budapest ist ein besonderer Tarifvertrag, der als Anhang außerdem einen Organisationsvertrag besitzt, ebenfalls auf acht Jahre abgeschlossen worden, der den Tausendpreis zunächst um 4 Heller und dann in größeren Zeitabschnitten wiederum um 2 weitere Heller erhöht, so daß sich die Gesamtverdienstaufbesserung während der achtjährigen Vertragsdauer auf durchschnittlich 7 Kronen die Woche stellen wird. Die Arbeitszeiten werden namentlich für die Arbeiter in den Zeitungsetzereien verkürzt.

## Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 10. September 1910.

Die Roheisenproduktion der Welt. Die Verhältnisse auf dem deutschen Roheisenmarkt. Die neue Roheisenvereinigung. Und immer wieder Elektrizitätsindustrie. Neue Gründungen, neue Kapitalerhöhungen. Die obereschlesischen Braunkohlenlieferungen an Sachsen und Bayern. Der Öltrust in Deutschland. Fleischteuerung.

Die Roheisenproduktion stellt den eisernen Maßstab der wirtschaftlichen Konjunktur dar. Wenn man jetzt die Roheisenziffern für 1909 ansieht, könnte, die vorausgehende Feststellung absolut genommen, gejubelt werden: wir sind ja schon wieder in der schönsten Hochkonjunktur. Nüchterne Betrachtung zeigt allerdings, daß es so noch nicht ganz stimmt. Wird die Roheisenproduktion ganz allein betrachtet, so ergibt sich scheinbar eine berechtigte Ursache zu solchem Glauben. 1907 brachte mit seiner Hochkonjunktur, welche die Menschen Tag und Nacht mit der größten Anstrengung arbeiten ließ, eine Eisenrekordziffer, wie man sie noch nie gesehen hatte; in der ganzen Welt wurden 60,2 Millionen Roheisen produziert, die Vereinigten Staaten allein nahmen für sich 25,8 Millionen in Anspruch. 1908 ging die Weltproduktion auf 48,2 Millionen Tonnen zurück, in Amerika an erster Stelle auf rund 16 Millionen Tonnen! Die deutsche Ziffer, die der amerikanischen am nächsten kommt, zeigte ein lange nicht so bittres Bild. Jetzt liegen nun die Zahlen für 1909 vor; sie ergeben eine Weltproduktion von wieder 60 328 000 Tonnen. Auch Amerika hat seinen Höhepunkt von 1907 schon wieder erreicht! *Trotzdem wir erst in den Anfängen einer neuen guten Konjunktur stehen, ist die Weltproduktion an Roheisen, dem wichtigsten Grundmaterial der Industrie, schon wieder über die Verhältnisse der Hochsaison von 1907 hinausgewachsen.* Das ist um so beachtenswerter, als das allgemeine Bedürfnis durchaus nicht im gleichen Schritt gefolgt ist. Wir leiden also unter einer Ueberproduktion, noch ehe das Warenbedürfnis wieder richtig in die Höhe gekommen ist. Die Vorwärtsbewegung geht nur unter fortgesetzten Schwankungen und Wehen vor sich. Des Arbeiters Los wird bei diesen Vorgängen materiell natürlich stets unsicherer.

Welche Gegenwartsgefahren in diesen Vorgängen liegen, zeigt der Umstand, daß Amerika, das 1908 seine Produktion um die Hälfte herunterwarf, sich jetzt, wo es dieses Experiment, das die Totsage der guten Konjunktur wäre, nicht wiederholen kann, ersichtlich damit beschäftigt, *Eisenausfuhrland* zu werden. Das junge Industriamerika kennt bis jetzt auf diesem Gebiete keinen Export, oder wenigstens keinen, der auf die Märkte der beiden europäischen Auslandsproduzenten Deutschland und England ging. Die asiatischen, afrikanischen und amerikanischen Gebiete waren die einzigen, die für den Absatz der Vereinigten Staaten in Frage kamen. Jetzt beschäftigt man sich »drüben« mit der Frage, ob nicht der Produktionsüberschuß in Eisen und Stahl, der in ungedämmter stets ansteigender Flut steigt, auf den Markt der beiden Ausfuhrstaaten gelenkt werden könne. Welche Gefahren dies für letztere bedeutet, ergibt sich ohne weiteres. Wenn auch jetzt nicht gleich das Schlimmste gekommen ist, so wird aber doch der Tag erscheinen, an dem auch die Vereinigten Staaten Ausfuhrland in diesen Produkten werden. Ob dann genügend weiteres Absatzgebiet vorhanden sein wird, um den neuen Konkurrenten satt zu machen, oder ob es gegeneinander gehen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen.

In Deutschland müssen diese Zukunftssahningen mitgewirkt haben, sonst wäre es sicher nicht so verhältnismäßig leicht gelungen, *eine neue Roheisenvereinigung zu schaffen.* Heute gehören ihr, nachdem auch das Hasper Eisen- und Stahlwerk in den Verband aufgenommen worden ist, sämtliche deutschen Roheisenwerke mit Ausnahme der Siegerländer Werke und der Lothringisch-Luxemburgischen Gruppe an. Die beiden zuletztgenannten Gruppen werden sich wohl schwerlich mit den anderen zusammensuchen, die eigenartige Lage, das besondere Absatzgebiet, und nicht zuletzt die persönlichen Pläne ihrer Leiter werden sie davon abhalten.

Es wird bald zur täglichen Erscheinung, daß innerhalb der *Elektrizitätsindustrie* irgend etwas gegründet oder fusioniert wird, was sich zuletzt darauf spitzt, entweder ein neuer Schritt auf dem Wege zum Privatmonopol der A. E. G., oder eine Antwort darauf durch die noch in Frage kommenden Konkurrenten, der Siemens-Halske-Schuckert- oder der Bergmanngruppe zu sein. Jetzt wird gemeldet, daß zwischen der Kgl. Bergwerksdirektion Saarbrücken und der Allg. Elektrizitätsgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen sei, der darauf hinausläuft, daß die A. E. G. von den staatlichen Kraftwerken, die erst nur gebaut waren, um die dortigen Staatsbergwerke zu versorgen, elektrischen Strom in solch ausreichenden Mengen bekommt, daß sie mittels einer Ueberlandzentrale das ganze Saargebiet auf einen Umkreis von 100 Kilometer und noch mehr damit versorgen kann. In Gotha ist ein ähnlicher Fortschritt für die A. E. G. erreicht worden, dazu noch unter dem Vorrecht der *ausschließlichen Benutzung der Staatsstraßen.* Sie wird für das ganze Ländchen eine riesige Ueberlandzentrale bauen. Da man über die Einzelheiten der Verträge in beiden Fällen leider nichts erfahren kann, die Kgl. Bergwerksdirektion aber sehr eifrig dementiert, der A. E. G. irgend welche monopolartigen Vorteile gewährt zu haben, so wird man sich damit abfinden müssen, daß dem

größten deutschen Elektrotrust in Wirklichkeit recht viel geschenkt worden ist, was sein Leiter Rathenau sicher gebührend für seine Pläne ausnutzen wird.

Die A. E. G. gedenkt in den alternächsten Tagen ihr Kapital erneut zu erhöhen; sie wird es sicher um mindestens 30 Millionen Mark tun, braucht sie doch zur Durchführung der in der vorigen Rundschau geschilderten Fusionierung mit den Oullleume-Lameyerinteressen einige Dutzend Milliohen. Auf der anderen Seite schläft man allerdings auch nicht. Die Börse munktelt von gegenseitigen Besuchen zwischen Siemens & Halske und Bergmann. Ob die daran geknüpften Gerüchte zukünftiger Verschmelzung oder Interessengemeinschaft eine Anregung zum Höherstreben der Kurse der Elektrizitätswerke sind, läßt sich nicht ohne weiteres sagen.

Geschäfte mit dem Staate sind für die Privatindustrie immer vorteilhaft. Die neuesten »praktischen« Verträge der A. E. G. mit der Kgl. Bergwerksdirektion Saarbrücken und dem Gothaischen Staate beweisen es. Andere Leute sind aber auf diesem Gebiete ebenfalls recht munter. Die *obereschlesischen Kohlenmagnaten*, die bekanntlich als industrialisierte Feudale mit dem Berliner Hofe sehr gute Verbindung haben, haben es jetzt erreicht, daß ihnen die Lieferungen der Lokomotivbraunkohlen für die sächsischen und die bayerischen Staatsbahnen zugebilligt worden sind. Es handelt sich dabei um jährlich rund 300 000 Tonnen, die insgesamt dem böhmischen Braunkohlenrevier verloren gehen. An sich kann man damit zufrieden sein; die heimische Industrie bekommt mehr Beschäftigung. Es bleibt nur hier wieder die Frage offen, was für Preise die obereschlesischen Kohlenherren von den Eisenbahnverwaltungen bewilligt bekommen haben. Da erst kürzlich bekannt wurde, daß die Oberschlesier für ihre Kohle in Deutschland rund 30 bis 45 Prozent mehr fordern — nach den neusten Festsetzungen der Preise —, als sie sich in Oesterreich zahlen lassen, so kann man dem 300 000 Tonnengeschäft nur recht skeptisch gegenüberstehen.

Der Öltrust hat jetzt ebenfalls in der Öffentlichkeit wieder etwas von sich hören lassen. Die Deutschen Benzin- und Ölwerke A. G. haben ihre gesamten Anlagen, bestehend aus den Raffinerieanlagen in Brunsbüttelkoog und Zabrze, sowie die dazu gehörigen Tankanlagen, ferner ihre gesamten Lager- und Warenbestände durch die Vermittlung des Antwerpener Petroleumbetriebes des Trust an diesen zu einem recht anständigen Preise verkauft. Der Öltrust hat sich damit in Deutschland einen weiteren Stützpunkt geschaffen.

So gehts fröhlich in der Ausbeutung der Massen vorwärts. Diese können sich einwillen mit der Fleischteuerung und der schönen Kaiserrede herumschlagen.

h. h.

## Eine zerstörte Hohenzollern-Legende.

II.

Nach den Gewerbegesetzen der damaligen Zeit waren nur fünf Gruppen von Handwerkern auf dem Lande gestattet, nämlich Schneider, Leineweber, Schmiede, Zimmerleute und Radmacher; hauptsächlich war der Schneiderberuf mit dem Schulmeisteramt verbunden. »Tagelöhner«, so schreibt Vollmer, »konnten auch im Winter die Schule an den hunderterten von Orten übernehmen, wo sie noch nicht zu einer ständigen Einrichtung geworden war. Näher lag es noch, den Mann mit dem Unterricht zu betrauen, der im Sommer das Vieh hütete.« Weiter meldet der Verfasser von etlichen Landesteilen, namentlich im Westen der Monarchie, daß der *Branntweinausschank* nicht selten von den Lehrern betrieben wurde. »Die rheinische Kirchenordnung von 1687 enthielt nur die Einschränkung, daß der Küster die Schankgerechtigkeit nicht während der Schulstunden und nicht in dem Schulhause ausüben dürfe. Durch eine solche Bestimmung konnte man das tief eingewurzelte Uebel aber nicht ausrotten; noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts gab es im rechtsrheinischen Kleve unter 71 Lehrern 5, welche den Branntweinausschank betrieben.«

Eine scharfe Konkurrenz wurde den Leuten mit solchem Nebenberuf zum Teil durch das *Militär* gemacht. »Mußte ein solcher Soldat den Dienst als Invalide quittieren, und bewarb er sich dauernd um ein Schulamt, so schlug er alle Bewerber aus dem Felde. Ein Reskript vom Jahre 1729 beweist, daß Friedrich Wilhelm in diesem Punkte genau so dachte, wie später sein Sohn. Er befahl, »daß Supplikant als ein alter Soldat bei erster Vakanz, vor allen anderen, sie mögen sein, wer sie wollen, zu einem austräglichen Küsterdienst befördert werden sollten.« Wiederum kam es vor, daß *Knaben* im Alter von 14 Jahren mit dem Lehramt vertraut wurden, jedoch meldet Vollmer auch von einem Königlichen Befehl, wonach im Notfall alte, zur Arbeit untüchtige *Bauern* den Schuldienst versehen sollten. »Die Leute beriefen sich nicht auf ihre Kenntnisse, sondern womöglich auf körperliche Gebrechen. Sie mochten darauf rechnen, daß der Ort ihnen noch lieber das Wohl seiner Kinder anvertrauen, als sie aus öffentlichen Mitteln unterhalten würde, und leider werden sie sich in dieser Erwartung selten getäuscht haben.« Auch war es nicht selten, daß der Schulmeister nachts zum Tanze aufspielte; auch dem Nachtwächter wurde die Schule zuweilen überantwortet.





wie im Hauptvorstandsbericht an die Generalversammlung einwandfrei nachgewiesen wurde, der Schutzverband, sondern Organisation der Friedensstörer im Gewerbe ist. Ein kurzes Eingehen auf einige dieser Fälle soll zum Schluß noch unsere Behauptung bekräftigen.

Bei Huber, Jordan & Körner in Nürnberg reichten unsere Kollegen Forderungen ein. Wie berechtigt dieses Vorgehen war, lehrt ein Blick in die Lohnliste der Firma, auf der eine ganze Reihe von Lithographen und Steindruckern mit Löhnen von 27 Mk. abwärts bis herunter zu 19 Mark verzeichnet sind. Das Vorgehen war erfolgreich. Die Firma mußte eine ganze Reihe Lohnzulagen gewähren. — Nicht ganz so ungünstig lagen scheinbar die Lohnverhältnisse bei König & Ebhardt in Hannover; da aber wegen der erstklassigen Merkantilarbeiten, die die Firma fabriziert, auch in jeder Sparte nur erstklassige Kräfte tätig sind, können die Löhne noch lange nicht als ausreichend und den gestellten Anforderungen entsprechend bezeichnet werden. Das Vorgehen der Kollegen zur Verbesserung der unzureichenden Lohnverhältnisse ist inzwischen ebenfalls erfolgreich gewesen, trotz der friedensstörenden Kampfphazerien des Schutzverbandesekretärs, der bei den Schlußverhandlungen eine Einigung mit der Firma nach Kräften zu hintertreiben versuchte. — Auf einige weitere Differenzfälle, an denen auch die Hilfsarbeiter beteiligt waren, werden wir noch in der nächsten Nummer zu sprechen kommen, in der wir unsere Stellung zu den anderen graphischen Verbänden behandeln wollen.

Wenn das Schutzverbandsorgan unser Vorgehen in diesen Fällen als einen den gewerblichen Frieden störenden Guerillakrieg bezeichnet, so ist das kennzeichnend für den schutzverbändlerischen Grundsatz, rückständige Verhältnisse nicht schützen zu wollen; der Grundsatz ist eben nichts anderes als eine hohle Phrase. Der Schutzverband möchte, um im Trüben zu fischen, jeden Versuch unsres Verbandes zur tatsächlichen Beseitigung rückständiger Verhältnisse am liebsten mit der Generalaussperrung beantworten, was seine »Friedensliebe« in schönsten Lichte zeigt. Uns kann er durch seine Drohungen nicht davon abhalten, die Aufgaben, die sich die Organisation gesteckt hat, tatkräftig zu erfüllen.

### Brief aus Neurode i. Schl.

Der weit über Schlesiens Grenzen hinaus bekannte Kunsttempel der Berlin-Neuroder Kunstanstalten ist gegenwärtig der Schauplatz einer ruhigen aber ernsten Bewegung geworden. Es gibt wohl wenige Orte in Deutschland, die sich rühmen können, vorsintflutliche Verhältnisse, rückständige Lohn- und Arbeitsbedingungen bis auf die heutige Zeit erhalten zu haben. Die technische Einteilung und Verteilung der Arbeit durch die leitenden Persönlichkeiten ist durchaus unrationell, zum Schaden der Arbeiter, die natürlich für die Fehler der Leiter büßen müssen. Die Verkehrsformen, namentlich des Druckereileiters Thiemecke, gegenüber den Arbeitern sind so empörend, daß den Druckern oft die Zornröte ins Gesicht steigt. Doch alles hat seine Grenzen. Geduld haben die Neuroder Lithographen und Steindrucker die ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die unwürdige Behandlung ertragen, aber die kleinliche Nadelstichpolitik der Firma und ihrer Organe schlug jetzt dem Fuß den Boden aus.

Wie schon gesagt, ist die technische Verteilung und Einteilung der Arbeiten in der Druckerei gar nicht sachmännisch. Wenn die Maschinenmeister z. B. neue Steine zum Einrichten gebrauchen, dann müssen sie stundenlang warten. Oft müssen erst die schwarzen Abzüge gemacht, aufgestochen und der Umdruck fertiggestellt werden; oder zuletzt fehlt es dann an Steinen, so daß auch die Umdrucke wieder dastehen und pausieren müssen. Das Warten der Drucker auf Arbeitsmaterial ist auf der Tagesordnung. Man verlangt aber von jedem, daß er das vorgeschriebene Pensum liefert. Ja, die Firma war sogar so — bescheiden, zu verlangen, daß die Zeit, die die Drucker wegen der sonderbaren Arbeitsmethode warten mußten, abends ohne Bezahlung eingeholt werden solle. Hatte z. B. ein Maschinenmeister einige Stunden auf seinen Stein warten müssen, so wurde trotzdem jeden Tag sein Pensum von ihm verlangt. Arbeitete er 2 Stunden länger und schrieb 2 Ueberstunden ein, so strich die Firma einfach die Ueberstunden. Beschwerde dagegen half in den seltensten Fällen.

Ganz offen gibt man zu erkennen, daß man sich der alten seit Jahrzehnten in der Firma beschäftigten Drucker entledigen will, um jüngere und noch billigere Kräfte einstellen zu können. Der Umstand,

daß die Maschinenmeister in einer Geschäftsversammlung die Ablehnung unbezahlter Ueberstunden beschlossen und daß die Umdrucker ebenfalls über Schritte zur Aufbesserung ihrer schlechten Löhne berieten, veranlaßte die Firma, durch einige Zulagen einem Vorstelligen entgegenzuwirken, gleichzeitig aber Inserate nach jüngeren Druckern loszulassen und soviel wie möglich zu engagieren. Gleichzeitig wurden für die Umdrucker Einschreibebücher angeschafft, um nach den Auslassungen des Druckereileiters jederzeit die »Stinkigfaulen« auscheiden zu können.

Bei den hier angefertigten Flickarbeiten, bei denen der Umdrucker zugleich Retuscheur und Korrekturlithograph spielen muß und wo die Umdrucke so verschieden sind, daß einige einen ganzen Tag, einige wieder 1—2 Stunden in Anspruch nehmen, lehnten die Umdrucker das Einschreiben einstimmig ab, da nach den Erfahrungen früherer Jahre diese Bücher nur die Quelle täglicher Differenzen und Schikanen sind. Trotz viermaligen Vorlegens und Einsammelns ist das Einschreiben einmütig verweigert worden.

Aber auch die Verkehrsformen des Druckereileiters Thiemecke müssen hier etwas niedriger gehängt werden. Allerdings müssen wir es uns aus moralischen und ethischen Gründen versagen, die düftigsten Auslassungen dieses Herrn hier wiederzugeben. Aber es genügt wohl auch folgende kleine Blütenlese, um ahnen zu lassen, welch nachahmenswertes Beispiel der Vorgesetzte seinen Arbeitern gibt. Ausdrücke wie: stinken vor Faulheit, schwarze Schweine, stehen da wie Sch... Blöppe, halten Sie die Schnauze und andere Liebenswürdigkeiten mehr sind an der Tagesordnung. Angesichts solcher Behandlung kann man es begreifen, daß den alten Kollegen der Ekel zum Halse heraufkommt, wenn Sie morgens in die Bude gehen. Beschwerden beim Direktor nützen nichts, da sich der allgegenwärtige Herr Thiemecke sogar vor letzterem erlaubt, den Kollegen zu schreien: »Halten Sie die Schnauze!« Der Herr scheint sich schon als zukünftiger Direktor zu fühlen, denn er macht selbst vor den Leuten kein Hehl aus seiner Sehnsucht nach diesem Posten. Ein Unglücksfall des Direktors veranlaßt ihn sogar zur Äußerung eines recht frommen Wunsches in Gegenwart von Kollegen, wodurch der Herr in einem ganz besonderen Lichte erscheint. Doch darüber sprechen wir vielleicht noch später mit ihm.

Die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die elende Behandlung sollen und müssen hier beseitigt werden. Dazu sind die Kollegen fest entschlossen. Wenn die technischen Leiter den Betrieb nicht geregelt zu führen vermögen, dann müssen sie auch die Verantwortung für ungenügende Leistungen übernehmen und nicht die Schuld auf die Arbeiter abwälzen. Die Neuroder Kollegen sind fest entschlossen endlich diese rückständigen Verhältnisse umzugestalten. Wir ersuchen daher alle Kollegen, mit wachsamem Auge die Vorgänge zu verfolgen.

### Brief aus Karlsbad i. B.

Die in den Porzellanfabriken von Althrau bei Karlsbad beschäftigten Lithographen und Steindrucker haben den Unternehmern eine Reihe Forderungen unterbreitet. Ein geregelter Mindestwochenlohn, Bezahlung der üblichen Feiertage, angemessener Zuschlag von Ueberstunden, Festsetzung einer Lehrlingskala, Urlaubsbewilligung, Anerkennung der Vertrauensmänner sollten vertraglich festgelegt werden. Vertraglich aus dem Grunde, um den meist fachkundigen Abteilungsvorständen die Möglichkeit zu nehmen, durch Lohnabzug für Feiertage usw. Liebkind nach obenhin zu spielen.

Die graphischen Arbeiter in den keramischen Betrieben wollten den Frieden, nicht zuletzt auch zugunsten der Unternehmer; sie erwarteten bestimmt die Erfüllung ihrer berechtigten und bescheidenen Wünsche. Aber wie groß war ihre Enttäuschung, als die Antwort der Unternehmer eintraf. Kurz und bündig wurde jeder Vertragsabschluss abgelehnt. Man verschmähte es, geregelte Zustände zu schaffen. Streit und Hader sollen bestehen. Nicht als Mitarbeiter, sondern als willenlose Werkzeuge, als Maschinen will man die graph. Arbeiter behandeln. Längst schon ist es zur Mär geworden, daß diese Kategorie noch mit einem gewissen Quantum Künstlerstolz ausgerüstet ist. Klassenbewußt hat sie sich zusammengeschlossen, und nur noch wenige traurige Elemente halten sich den kollektiven Pflichten fern. Einstimmig wurde auf Grund der ablehnenden Antwort beschlossen, daß sämtliche organisierten Kollegen die Kündigung einreichen. Nichts hat man unsererseits unversucht gelassen, um noch vor Ablauf der Kündigungsfrist eine friedliche Regelung herbeizuführen. Die bescheidenen Forderungen wurden sogar um beinahe 50 Prozent gekürzt. Trotz alledem konnte keine Einigung erzielt werden. Der Austritt erfolgte am 3. September. Geschlossen und einig, den Ernst der Sache erkennend, ging man aus den Fabriken, ohne die Hoffnung aufzugeben, daß sich die Unternehmer doch noch eines Besseren belehren lassen. Da auch einige Lokalitäten in den Betrieben den hygienischen Anforderungen Hohn sprechen, liegt es im Interesse jedes Kollegen, diese Anstalten zu meiden. Wir richten an die Gesamtkollegenschaft

den Appell, uns in unseren gerechten Bestrebungen in Anerkennung der Sachlage moralisch zu unterstützen. Nicht die graphischen Arbeiter tragen die Schuld daran, daß es zum Kampf kam, sondern einzig und allein der Starrsinn der Unternehmer. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

### Ortsberichte.

**Chemnitz.** In der Mitgliederversammlung vom 4. September berichtete Kollege Ermischer über die Generalversammlung in Hamburg. Seine Ausführungen gaben ein getreues Bild der Verhandlungen und legten überzeugend dar, daß eine Sanierung unserer Kassen notwendig war. In der Debatte wurde der Kampfcharakter unserer Organisation hervorgehoben, der in erster Linie gewahrt werden müsse. Die Beschlüsse der Generalversammlung fanden im allgemeinen die Zustimmung der Anwesenden. Zum Schluß gelangte eine entsprechende Resolution zur einstimmigen Annahme.

**Kempen i. Rhein.** In unserer am 5. Septbr. abgehaltenen und von sämtlichen Kollegen besuchten Versammlung erstattete unser Gauleiter Kollege Bauknecht den Generalversammlungsbericht. Besonders legte er die Sanierung der Kassenverhältnisse eingehend dar. In der Diskussion erklärten sich die Kollegen voll und ganz mit den Arbeiten der Generalversammlung einverstanden, besonders in bezug auf die Invaliden- und Witwenkasse. Es ist nur zu begrüßen, daß diese auf eine gesunde Grundlage gestellt worden ist. Aber auch unserer Gewerkschaftskasse tut ein tüchtiger Nachschub gut, denn sie ist es doch, die uns die beste Gewähr gibt, den Frieden in unserem Gewerbe zu sichern. Nur eins war den hiesigen Kollegen nicht recht verständlich, nämlich die Ablehnung der Anträge auf Anstellung von Gauleitern. Wenn es auch schließlich nicht gut aussehen würde, bei Erhöhung des Beitrages und Kürzung der Unterstützungssätze noch Neuanstellungen vorzunehmen, so sind doch die dafür aufzuwendenden Mittel in vielen Fällen nicht höher wie die Ausgaben für Gemeindegewerkschaften usw. in solchen Gauen, die keinen besoldeten Gauleiter haben. Und diese Gawe verfügen immer noch nicht über die agitatorische Kraft, wie sie ein Gaubeamter bietet. Der beste Beweis dürfte der Gau Rheinland-Westfalen sein, wo eine gute Anzahl Mitglieder gewonnen und sehr viele Streitfragen durch die Verhandlungen des Gauleiters beigelegt wurden.

**Stuttgart.** Am 6. September nahm eine von ca. 300 Kollegen besuchte Versammlung der Filialen I und II die Berichterstattung von der Generalversammlung in Hamburg entgegen, deren sich die Kollegen Mutschke und Werner in ausführlicher Weise entledigten. In der regen Diskussion wurde der Genugtuung Ausdruck gegeben, daß in Hamburg in bezug auf die Sanierung der Kassen ganze Arbeit gemacht worden ist. Der Verband müsse seinen Unterstützungskassencharakter mehr zurücktreten lassen und in erster Linie eine Kampforganisation sein. Kritik löste die bisherige Bremspolitik und das Diplomatistieren des Hauptvorstandes aus. Ebenso wendete man sich gegen die einseitige Tendenz, die in der »Graphischen Presse« vertreten wurde. (Die betreffenden Diskussionsredner in Stuttgart kommen mit diesen Kritiken etwas sehr post festum. Die Generalversammlung erkannte in ihrer großen Mehrheit an, daß Hauptvorstand und Redaktion so gehandelt haben, wie den Umständen nach gehandelt werden mußte. D. Red.) Ueber die Frage der Staffelleistungen waren die Meinungen geteilt. Während eine Anzahl Kollegen von der Generalversammlung erwartet hatten, sie werde sich in ihrer Mehrheit für Staffelleistungen entscheiden, kamen auch Meinungen zum Ausdruck, welche die Sanierung der Kassen mit der Erhöhung der Beiträge auf 1,50 Mk. bewirkt wissen wollten. Begrüßt wurde es, daß die weiblichen Mitglieder nur der Gewerkschaftskasse angehören sollen, da diese die anderen Kassen überlastet hätten. Die Einstellung der Extrarunterstützung an Ausgesteuerte wurde von mehreren Seiten bedauert; auch wäre dem Verbands besser gedient worden, wenn man es bei den Reiseunterstützungssätzen belassen hätte, um der Lohnrückerei entgegenzuwirken. Die Sanierung der Kassen hätte bei der Invalidenunterstützung einsetzen müssen. Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes wurde allgemein für verfrüht gehalten. Der Zusammenschluß sei noch nicht möglich, da die einzelnen Verbände einander noch zu wenig kennen. Zum Lithographenkongreß in Amsterdam nur Angestellte zu entsenden, sei nicht durchaus angebracht gewesen; es hätte auch im Beruf stehende Kollegen delegiert werden sollen. Die Bekanntgabe, daß die nächste Generalversammlung in Stuttgart stattfindet, wurde mit Beifall aufgenommen. Am Schluß der imposanten und anregend verlaufenden Versammlung wurden einige Vorkommnisse am Orte erörtert, welche auf die Friedensliebe des Unternehmertums ein sonderbares Licht werfen.



